

Siedlungsentwicklung *austriatech*

Veranstaltungsreihe Städtewebinar 2020

Wien, am 17. November 2020.

Am 4 November 2020 fand das vierte Webinar der Reihe [„Siedlungsentwicklung – Klimaschutz – Mobilität – bringen wir das zusammen?“](#) statt. Im Mittelpunkt stand das Thema Siedlungsentwicklung. Gemeinsam mit Städten, GemeindevertreterInnen, RaumplanerInnen und VertreterInnen des Bundes sowie interessierten Personen aus dem Bereich Mobilität wurden Herausforderungen, Erfahrungen und Handlungsansätze für Städte und Stadtregionen vorgestellt und diskutiert. Dieser Austausch ermöglicht das wechselseitige Lernen und den direkten Kontakt zu Wissensträgern, um auf bereits vorhandenes Wissen aufzubauen und schneller in die Umsetzung zu kommen.

Die örtliche und regionale Siedlungsentwicklung samt ihrer ordnungspolitischen Möglichkeiten und Limitationen beeinflusst im wesentlichen Maße und langfristig die Mobilität bzw. das Mobilitätsverhalten. Und dadurch in weiterer Folge auch direkt viele Aspekte des Klimaschutzes. Maßnahmen im Bereich der Siedlungsentwicklung können für Städte und Gemeinden sehr wirkungsvoll sein, in ihrem Bestreben den Klimaschutz voranzutreiben. Darüber hinaus können diese Maßnahmen zu einer Schaffung eines nachhaltigen Mobilitätssystems beitragen.

Es gibt Ansätze mittels Siedlungsentwicklung Mobilität klimafreundlicher, platzsparender und energiesparender zu gestalten. Die Methoden der Energieraumplanung liefern hier eine gute Hilfestellung im Planungsprozess für Städte und Gemeinden. Wo man mit ordnungspolitischen Maßnahmen an die Grenzen des Möglichen stößt, können zivil- bzw. privatrechtliche Verträge im Sinne einer Vertrags-Raumordnung eine sinnvolle Ergänzung sein um eine nachhaltige Siedlungsentwicklung zu unterstützen. Stadtregionales Denken in der Planung, eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Land und Gemeinden bzw. Städten, sowie eine Bestandsverdichtung können eine klimafreundliche Siedlungsentwicklung unterstützen. Das Thema einer Neuverteilung des öffentlichen Raumes im Bereich der Mobilität wird in den nächsten Jahren, vor allem in Städten, zunehmen. Dies gilt es jedenfalls zu berücksichtigen, genauso wie den demografischen Wandel der Bevölkerung und deren Zuwachs in urbanen Gebieten sowie der dadurch einhergehende erhöhte Flächenverbrauch.

Graz wächst – Instrumente für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung

Die Stadt Graz steht, auch im Bereich der Siedlungsentwicklung, vor der Herausforderung einer stark wachsenden Bevölkerung. Seit dem Jahr 2000 ist diese um rund ein Drittel gewachsen. Der Nutzungsdruck bzw. die Nutzungskonflikte verstärken sich dadurch. Hinzu kommt ein weiteres essentielles Problem: die Stadt ist meistens nicht Grundbesitzerin. Sie ist somit auf Kooperationen im Bereich der Siedlungsentwicklung angewiesen. Hier ist es in den letzten Jahren zu einem Paradigmenwechsel gekommen, hin zu einer aktiven und partnerschaftlichen Entwicklungsplanung mit Investoren und Grundbesitzern um die

siedlungspolitischen Ziele der Stadt optimal umzusetzen. Die Ergänzung der bisherigen ordnungspolitischen bzw. hoheitsrechtlichen durch zivilrechtliche Instrumente, wie die städtebaulichen Verträge eröffnen der Stadt im Bereich der Siedlungsentwicklung neue Möglichkeiten. Diese Verträge sind laut dem steirischen Raumordnungsgesetz möglich. Zivilrechtliche Verträge bieten die Möglichkeiten der Gestaltung, z.B. soll das eingesparte Geld durch die Reduktion von Tiefgaragenplätzen vom Investor für den Radwegebau verwendet werden. Dies unterstützt zugleich die von der Stadt durchgeführte ÖV-Erschließung und der Wert der Immobilien kann gesteigert werden, was wiederum gut für die Investoren ist.

Das Setzen von Maßnahmen ist in Bestandsquartieren natürlich schwieriger. Hinsichtlich Nachverdichtung muss darauf geachtet werden, dass es nicht zu einer zu hohen Verbauungsdichte kommt. Auch Aktivitäten hinsichtlich einer Durchwegung im Bestand werden berücksichtigt, und die Entkernung von Innenhöfen ist ebenfalls ein Aspekt.

Kooperationen mit dem Land sind wichtig, um das Stellplatzproblem stadtreional angehen zu können und weil es auch in der Stadt Landesstraßen gibt. Ein weiterer Baustein ist eine sensibel gestaltete Kooperation mit Regionalverbänden im Umland. Der Eindruck, die Stadt will den Umland-Gemeinden etwas aufzwingen, muss dringend vermieden werden. Allerdings bedarf es diesen stadtreionalen Ansatz auch im Hinblick auf den Ausbau der S-Bahn mit P&R Anlagen für den Ballungsraum.

Im Bereich der Stellplätze plant die Stadt Graz, in Bestandsquartieren Anwohnergaragen zu errichten, als Teilersatz für reduzierte Stellplätze. MaaS (Mobility as a Service) und Sharing sind ebenfalls wichtige Bausteine im Kontext der Stellplatzreduktion. In den Niederlanden wurde durch die Einführung von Parkplatzbewirtschaftung eine Ersparnis von 30% Stellplätzen errechnet, vor allem durch den höheren Umschlag. Diese nicht mehr benötigten Stellplätze wurden rückgebaut und stattdessen Bäume gepflanzt.

Die grundsätzliche Strategie der Stadt beinhaltet eine Verdichtung nach innen, den Grüngürtel als Erholungsraum zu belassen, Grünstrukturen offen zu halten, eine Stadt der kurzen Wege zu planen, eine gute Nutzungsmischung, sowie sanfte Mobilität und eine attraktive Gestaltung des öffentlichen Raumes. In der Stadt Graz gibt es darüber hinaus einen Klimaschutzfonds (inkl. Fachbeirat). Hier sollen in den nächsten 1-2 Jahren weitere Projekte über einen offenen Call for Projects gestartet werden.

Energieraumplanung im Planungsprozess

Grundsätzlich müssen sämtliche Sektoren vernetzt gedacht werden, wenn Klimaschutz in der Siedlungsentwicklung erfolgreich etabliert werden soll. Hier kann die Energieraumplanung den Städten und Gemeinden helfen. Bei der Energieraumplanung stehen die vielfältigen Prozesse beim Klimaschutz in der Siedlungsentwicklung im Vordergrund. Die Energieraumplanung muss für Städte und Gemeinden mit unterschiedlichen Größen funktionieren. Deshalb muss die Informationsgrundlage einheitlich sein und niederschwellig funktionieren. Deutschland und die Schweiz haben ebenfalls Bestrebungen die Energieraumplanung zu etablieren.

Datenverfügbarkeit und Datenaufbereitung sind grundlegende Rahmenbedingungen für eine sinnvolle Energieraumplanung. Fragen wie: welche Daten sind konkret im Anwendungsfall

notwendig, bzw. verfügbar müssen geklärt werden. Eine weitere Herausforderung stellt der Datenschutz dar, vor allem bei feiner Granularität.

Energiebezogene Fragestellungen sowohl in der Baugesetzgebung sowie in weiteren rechtlichen Instrumenten müssen verstärkt verankert und in bestehende Planungsprozesse (inkl. der Mobilität) sowie Monitoring Aktivitäten verankert werden um Rechtssicherheit und die Möglichkeit von verbindlichen Vorgaben gewährleisten zu können. Ein bundesländerweiter Wärmeatlas (in späterer Folge weiter entwickelt zu einem Energieatlas - inklusive Strom und Mobilität) soll als Grundlage dienen und zeigt Bedarfe, Potentiale und Infrastruktur auf. Darauf aufbauen sollen Strategien und ein umfassendes Monitoring.

Ein weiteres Element der Energieraumplanung, welches auch schon in den Bundesländern angewendet wird ist die Energiebuchhaltung basierend auf erhobenen Daten. Für eine Szenarienplanung ist diese essentiell. Die unterschiedlichen Szenarien haben auch direkte und große Auswirkungen auf die Mobilität. Es bedarf einer Konzentration auf jene Bereiche, wo nötige Steuerungsinstrumente vorhanden sind. Damit kann Gemeinden und Städten ein Instrument in die Hand gegeben werden, um in der Planung die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

Ein nationales Leuchtturmprojekt zur Implementierung von Energieraumplanung wird aktuell umgesetzt. Weitere praktische Beispiele im Bereich der Energieraumplanung sind die Stadt Graz, wo mittels Emissionsschutz Zonierungen im Bereich der Wärme inkl. einer Anschlusspflicht an das Fernwärmenetz, sowie den Ausschluss von Gas als Wärmequelle vorschreibbar gemacht werden sollen. In Wien gibt es seit 2019 eine VO Ermächtigung für Energieraumpläne inklusive einer Zonierung. In Salzburg soll eine rechtliche Verankerung der Energieraumplanung berücksichtigt werden. Es bedarf allerdings einer weiteren Rechtsgenese, um dieses Thema weiter etablieren zu können und Rechtsmaterien besser verankern zu können. Dazu müssen die entsprechenden Informationsrundlagen bereitgestellt werden.

Um den Klimaschutz in der Planung strukturiert berücksichtigen zu können bedarf es weiterer Grundlagenforschung, einheitlicher und verständlicher Planungsgrundlagen, ernstgenommenen Datenschutz, Rechtssicherheit und sinnvolle Visualisierungen, um Energie als Materienkomplex in relevanten Planungsprozessen verankern zu können.

Aspekte und Strategieentwicklung für energiesparende Mobilität in der Steiermark am Beispiel Kapfenberg

In der Stadt Kapfenberg mit 23.000 Einwohnern fällt ein Drittel des Energieverbrauchs in die Kategorie Mobilität. Das Ziel ist eine Reduktion der CO₂ Emissionen in diesem Bereich. Im Rahmen der Siedlungsentwicklung gibt das Stadtentwicklungskonzept vor, unter anderem mit einer Funktionsmischung und höherer Dichte in geeigneten Gebieten. Das Erreichen der höchstzulässigen Bebauungsdichten ist das Ziel in den jeweiligen Widmungskategorien. Dies hätte dann auch eine bessere Auslastung der Infrastruktur zur Folge. Die Nachverdichtung stößt jedoch an ihre Grenzen, vor allem im Bereich der Akzeptanz. Für den Klimaschutz im Bereich der Siedlungsentwicklung stellt die Bebauungsdichte einen wichtigen Faktor dar.

Für zukünftige Investitionen der Stadt sollen sowohl die Siedlungsdichte als auch Nachhaltigkeitskriterien verwendet werden. Folgende Ziele haben für die Stadt Kapfenberg

hohe Priorität: Ausbau des Radwegenetzes sowie die Erhöhung des Radanteils; sowie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Dieser muss aber auch überregional gedacht und geplant werden, wie zum Beispiel eine bessere Anbindung an die Stadt Graz. Lokal betrachtet wird der neue Bahnhof forciert, der auch als multimodaler Knoten gedacht wird, samt vielseitiger Sharing-Angebote. Ein E-Car-Sharing Angebot soll zumindest in 2 großen Siedlungsgebieten umgesetzt werden. Kooperationen mit überregionalen Systemen sind angedacht und werden geprüft. Grundsätzlich müssen zuerst ansprechende Angebote geschaffen werden, um eine steigende Nutzung und Akzeptanz zu erreichen.

Fehlende urbane Strukturen, die klar abgegrenzt sind, bzw. klar definierte urbane Ballungsräume erschweren kleineren Städten oftmals eine energiesparende Siedlungsentwicklung. Ziel muss es sein die Stadt- bzw. Ortskerne zu stärken, auch mit einer Verdichtung nach innen.

Neben dem Problem mit dem Fehlen klar definierter Siedlungsräume bzw. urbanen Strukturen, die eine energiesparende Siedlungsentwicklung erschweren, stellt auch die Finanzierung eine Herausforderung dar. Die Methoden der Förderung oder Ko-Finanzierung zwischen Gemeinde und Land können Hindernisse beinhalten um diese als Finanzierungsquelle im Bereich der energiesparenden und klimaverträglichen Siedlungsentwicklung verwenden zu können. Hier bedarf es weiterer Nachbesserungen.